

## Schwerpunkt Interview mit dem Landtagspräsidenten

## Albert Frick: «Die Jahre zwei und drei sind erfahrungsgemäss die effizientesten»

**Interview** Das «Volksblatt» hat sich mit Landtagspräsident Albert Frick vor der ersten Arbeitssitzung des Landtags im zweiten Legislatur-Jahr rund um die parlamentarische Arbeit in Liechtenstein unterhalten - mit einem Rückblick auf die Coronazeit und dem Ausblick auf kommende Vorlagen.

VON HANNES MATT

«Volksblatt»: Herr Landtagspräsident, kommende Woche startet die erste Arbeitssitzung des zweiten Legislatur-Jahrs. Mit welchem Gefühl blicken Sie auf das parlamentarische Jahr 2022?

Albert Frick: Es wird sicher ein besonderes Jahr. Nachdem die Massnahmen zur Pandemiebekämpfung aufgehoben sind, werden wieder mehr Sitzungen mit persönlicher Begegnung möglich. Darauf darf man sich freuen. 2022 ist das zweite Jahr in der Legislaturperiode. Die Jahre zwei und drei sind erfahrungsgemäss die effizientesten in der parlamentarischen Arbeit. Einarbeitungszeit und Wahlvorbereitung spielen keine Rolle. So bin ich denn ziemlich zuversichtlich, dass der Landtag gute Arbeit leisten wird.

Derzeit läuft noch die Unterschriftensammlung zur Auflösung des Landtags. Wie gehen Sie mit dieser Volksinitiative um?

Es gilt festzuhalten, dass mit dieser Unterschriftensammlung ein verfassungsmässiges Recht wahrgenommen wird. Dagegen gibt es nichts einzuwenden. Es stellt sich aber die Frage nach der Sinnhaftigkeit dieser Initiative. Der Landtag hat sich in jeder Sitzung stundenlang zusammen mit der Regierung mit der Pandemiesituation und den Massnahmen auseinandergesetzt. Der Vorwurf der Untätigkeit des Landtages ist nicht gerechtfertigt.

Ist tatsächlich zu befürchten, dass es zu Neuwahlen kommen wird? Davon gehe ich nicht aus. Ich vertraue auf das Urteilsvermögen der Stimmberechtigten.

Sie haben in der Eröffnungsansprache im Januar in Sachen Corona nicht von der Spaltung der Gesellschaft, sondern von einer Abspaltung der Massnahmengegner gesprochen. Muss die Politik deswegen aktiv werden oder wird sich - jetzt, wo der Grossteil der Massnahmen aufgehoben wurde - von selbst wieder alles zum Guten wenden bzw. sich die Gräben schliessen? Es ist wichtig, Verständnis für Andersdenkende aufzubringen. Die Pandemiemassnahmen haben bei Teilen der Bevölkerung Gefühle von Ausgrenzung hervorgerufen. Es gilt nun beiderseits, das Versöhnende über das Trennende zu stellen. Ich bin optimistisch, dass sich vieles wieder hin zum Guten wenden wird, sollten wir die Pandemie wirklich überwunden haben. Niemand hat Interesse an unüberwindlichen Gräben. Wir gehören zusammen.

Momentan nimmt das Liechtenstein-Institut die Arbeit der Regierung während der Coronapandemie unter die Lupe. Es gibt Bestrebungen, dass auch eine Aufarbeitung der Arbeit im Landtag stattfinden soll. Macht das tatsächlich Sinn? Das Liechtenstein-Institut hat schon im vergangenen November in meinem Auftrag die Rolle des Landtages in der Coronapandemie untersucht. Der Bericht wurde den Landtagsabgeordneten zugestellt. Er hält abschliessend fest, dass in der Coronapandemie keine Beschneidung der



Landtagspräsident Albert Frick (FBP) liegen in diesem Jahr die Themen rund um die Stärkung eines möglichst breiten Mittelstands sowie die Klärung aller Fragen rund um die Altersvorsorge am Herzen. (Archivfoto: Michael Zanghellini)

Stellung des Landtages erfolgte und dass die Einbindung der Volksvertretung in die Coronapolitik der Regierung rechtens war und der bisher gepflegten politischen Kultur entsprach. Die Regierung ihrerseits wird nun eine umfassende Aufarbeitung vornehmen, bei der das Zusammenwirken mit dem Landtag sicher eine wesentliche Rolle spielen wird. Ob eine zusätzlich einzuberufende Besondere Landtagskommission wirklich weitergehende Erkenntnisse liefern könnte, wage ich zu bezweifeln. Doch wenn der Landtag dies wünscht, wird diese Kommission eingesetzt.

Hätte der Landtag in der Coronapandemie denn mehr tun können bzw. hätten Sie sich mehr Mitsprache gewünscht, wie dies etwa in einem Vorstoss der DpL gefordert wird? Die Zuständigkeiten von Legislative und Exekutive sind geregelt. Ich bin ein Vertreter von klar zugeordneten Verantwortlichkeiten. In einer Pandemiesituation sind schnelle, fundierte Entscheidungen erforderlich. Bei den massiven unterschiedlichen Ressourcen von Regierung und Landtag ziehe ich es vor, wenn die Handlungspflicht und damit die Verantwortlichkeit klar zugeordnet sind. Wichtig ist, dass der Landtag seine Kontrollfunktion wahrnimmt.

In der März-Session wird unter anderem auch eine Vorlage des Landtagspräsidiums behandelt - mit einigen Anpassungen der GOLT auch aufgrund von Empfehlungen der GRECO zur Korruptionsprävention. Wie muss man das einordnen? Die GRECO ist eine Staatengruppe des Europarates gegen Korruption. Liechtenstein ist Mitglied dieser Staatengruppe. Die GRECO hat nach ihrem letzten Besuch in Liechtenstein zu verschiedenen Bereichen Verbesserungsempfehlungen abgegeben, unter anderem auch den Landtag betreffend. Der Landtag sieht sich in der Pflicht, entspre-

chend zu reagieren. Auf Vorarbeit des Landtagspräsidiums werden in der nächsten Landtagssitzung nun einige Anpassungen beraten.

Abgeordnete sollen keine Geschenke über 200 Franken annehmen dürfen. Sie sind schon länger dabei: Haben Sie je gehört, dass man Abgeordnete oder Regierungsräte in Liechtenstein mit Geschenken zu «beeinflussen» versucht hat? Mir ist nichts Derartiges bekannt. Die Regelung ist aber im Sinne der Prävention sinnvoll. Fast alle Parlamente kennen entsprechende Regelungen. Das schafft Klarheit.

Die Lobbyarbeit wird auch in Liechtenstein gepflegt, es kennt ja schliesslich «jeder jeden». So soll es schon vorgekommen sein, dass ein Abgeordneter Anträge von Interessensgruppen (wie etwa Wirtschaftsverbänden) einfach eins zu eins abliest. Soll man das künftig nicht mehr dürfen? Das darf man jetzt schon nicht. Es ist aber schwierig zu kontrollieren, ob etwas wirklich der eigenen Feder eines Abgeordneten entstammt. Kontakte mit Dritten können zur Beschaffung von Informationen und Abwägung von Positionen durchaus hilfreich sein. Mit der vorgeschlagenen Bestimmung soll das nicht eingeschränkt werden. Es soll aber das Bewusstsein geschärft werden, dass direkte Interessensvertretung ihre Grenzen kennt.

Eine Offenlegung der Einkommensverhältnisse der Parlamentarier aus Transparenzgründen wie in vielen anderen Ländern hat es nicht in die Vorlage geschafft. Wieso nicht? Wozu soll das dienen? Wo liegt der Mehrwert, den Monatslohn eines Abgeordneten, das Einkommen seiner Frau und die Vermögensverhältnisse der Familie veröffentlichen zu müssen, weil man in den Landtag gewählt wurde? Die Suche nach Landtagskandidaten dürfte unter solchen Voraussetzungen schwierig bis unmöglich werden.

Stichwort Stellvertreterfrage: Die Regierung und insbesondere deren

Rechtsdienst hat sich zuletzt ziemlich offensiv in die Angelegenheiten des Landtags eingemischt. Sollte es nicht umgekehrt sein - also, dass der Landtag der Regierung den Marsch bläst?

Es gilt klarzustellen, dass der Rechtsdienst keine direkte Einflussnahme vornimmt, sondern der Regierung zudient. Es geht nicht darum, jemandem den Marsch zu blasen. Das Zusammenspiel der Staatsorgane ist geregelt. Eine der verfassungsmässigen Aufgaben des Landtages ist die Kontrolle der Regierung, nicht umgekehrt. Die Gewaltentrennung ist ein bedeutendes Element im staatlichen Handeln. Eine Beachtung mit Fingerspitzengefühl wirkt vertrauensfördernd.

Sie haben in der Vergangenheit immer wieder eine Stärkung des Landtags angeregt - etwa durch mehr Personal, um den grossen zeitlichen Aufwand für die Milizabgeordneten zu reduzieren. Anscheinend ist man da aber immer noch zurückhaltend?

Es ist Fakt, dass die Möglichkeiten der Staatsorgane immer weiter auseinanderdriften. Macht man einen Vergleich mit der Zeit um die Jahrtausendwende, so ist das Regierungsumfeld nicht mehr wiederzuerkennen, während der Landtag mit den gleichen Voraussetzungen und den gleichen Rahmenbedingungen arbeitet. Das wird auf Dauer nicht gut gehen. Es liegt am Landtag selbst, Änderungen herbeizuführen, der Leidensdruck scheint aber noch nicht gross genug zu sein.

Es gibt auch Stimmen, die sich effizientere Sitzungen wünschen. Fassen Sie das als Angriff auf Ihre Person - der Landtagspräsident leitet ja die Sitzungen - auf? Wenn kritisiert wird, die Sitzungsführung sei zu wenig straff und ich handkehre von derselben Seite wegen eines Eingreifens kritisiert werde, so wird klar, dass es nicht

um die Sache geht. Fakt ist, dass wir keine Redezeitbeschränkungen kennen und der Landtagspräsident niemandem das Wort verwehren kann. Ich bin absolut an effizienteren Sitzungen interessiert. Ein Vorschlag liegt dem Landtag gerade zur Entscheidung vor. Ein Beschluss des Landtages auf Ende der Debatte soll weitere Wortmeldungen zum Thema ausschliessen. Auch würde ich es begrüssen, wenn die Möglichkeiten, die die GOLT schon jetzt vorgibt, genutzt würden, z. B. Interpellationsantwortungen ohne anschliessende Diskussion oder dass Traktanden einer gekürzten Beratung unterstellt werden. Das setzt aber die Bereitschaft des Landtages voraus.

Wie nehmen Sie derzeit das Verhältnis zwischen den Koalitionspartnern FPB und VU wahr?

Die Pattsituation nach den Landtagswahlen mit je 10 Mandaten war eine noch nie gekannte Ausgangslage für Koalitionsverhandlungen. Im Koalitionsvertrag wurde festgeschrieben, dass die Regierung durch die VU und der Landtag durch die FPB geführt werden. Es gab danach einige Anlaufschwierigkeiten. Die Wahlen bei der Eröffnungssitzung im Januar dieses Jahres haben nun gezeigt, dass die Bereitschaft zur bedingungslosen Anerkennung des Koalitionsvertrages und zur konstruktiven Zusammenarbeit beiderseits gegeben ist. Das stimmt mich für die gemeinsame Arbeit im kommenden Jahr zuversichtlich. In zwischenmenschlicher Hinsicht gibt es ohnehin viele wertvolle Beziehungen.

Welches politische Thema liegt Ihnen im kommenden Jahr besonders am Herzen?

Die Stärkung eines möglichst breiten Mittelstandes und alle Fragen rund um die Altersvorsorge. Wir müssen jungen Menschen Perspektiven geben, ein gutes Leben führen zu können. Dazu gehört auch die Unterstützung beim Erwerb und Erhalt von Wohneigentum, was wiederum eine sehr effiziente Altersvorsorge ist.

Die Situation in Europa ist mit Blick auf den Einmarsch Russlands in die Ukraine sehr angespannt. Wie beurteilen Sie derzeit die geopolitische Lage und die Auswirkungen auf Liechtenstein?

Der menschenverachtende Krieg des russischen Präsidenten Putin produziert unendlich viel Leid. Zivilisten werden getötet, Familien werden auseinandergerissen und es entsteht ein kaum übersehbarer Flüchtlingsstrom. Wir haben es mit einem Angriffskrieg auf einen

«Der menschenverachtende Krieg des russischen Präsidenten Putin produziert unendlich viel Leid.»

Teil der freien Welt zu tun. Ich erachte die geopolitische Lage für äusserst gefährlich. Eine weitere Eskalation kann Ausmasse annehmen, die wir uns kaum vorstellen können. Ich hoffe, dass unsere Heimat vor schlimmen Einflüssen verschont bleiben wird. Unsere Solidarität und unsere Hilfsbereitschaft gegenüber dem ukrainischen Volk und den Flüchtlingen sind in hohem Masse gefragt.

Wie blicken Sie persönlich auf das Jahr 2022. Privat mit grosser Freude.